

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 28. Juni 2000

1108. Interpellation von Lorenz Habicher und Hans Marolf betreffend Privatisierung der Städtepartnerschaft Zürich–Kunming. Am 12. Januar 2000 reichten die Gemeinderäte Lorenz Habicher (SVP) und Hans Marolf (SVP) folgende Interpellation GR Nr. 2000/18 ein:

Im März 1999 ist Stadtrat Thomas Wagner mit Plänen an die Öffentlichkeit gelangt, die Städtepartnerschaft Zürich-Kunming neu in die Form einer privaten Stiftung zu kleiden.

Wie damals der Tagespresse zu entnehmen war, geht es bei der Stiftungsidee laut Stadtrat Wagner darum, Möglichkeiten zu finden, «wie die Privatwirtschaft in die Finanzierung des Kunming-Engagements mit einbezogen werden» kann. Die Städtepartnerschaft solle auf diese Weise eine breitere Trägerschaft erhalten und besser abgestützt werden. Es seien «Sondierungen bei verschiedenen Firmen und Persönlichkeiten (...) im Gang», und «einzelne Privatunternehmen» seien «schon heute durchaus bereit, Beiträge zu leisten für Projekte in Kunming» (Tagesanzeiger vom 19. März 1999).

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches ist der Stand der Pläne zu einer Privatisierung der Städtepartnerschaft Zürich-Kunming bzw. zur Errichtung einer Stiftung und wann ist mit der Realisierung dieser Pläne zu rechnen?
2. Mit welchen «verschiedenen Firmen und Persönlichkeiten» hat der Stadtrat im Hinblick auf eine Beteiligung Gespräche geführt und welches sind die «einzelnen Privatunternehmen», die «durchaus bereit» sind, «Beiträge zu leisten für Projekte in Kunming»?
3. In welchem Ausmass soll sich nach Auffassung des Stadtrates die Stadt Zürich an der zu errichtenden Stiftung beteiligen?

Auf den Antrag des Vorstehers des Departements der Industriellen Betriebe beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Es trifft zu, dass Abklärungen getroffen worden sind, ob der Aufgabenbereich der Städtepartnerschaft Zürich–Kunming an eine Stiftung oder einen Verein übertragen werden könnte. Dabei stand ein Modell im Vordergrund, bei dem die öffentliche Hand (Kanton und Stadt Zürich), die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Privatwirtschaft sich je zu rund einem Drittel an den Aufwendungen hätten beteiligen sollen. Es fanden in der Tat auch verschiedene diesbezügliche Gespräche statt, wobei aus Gründen des Datenschutzes und der Vertraulichkeit keine Namen genannt werden. Die Sondierungen haben zu folgendem Resultat geführt:

- a) Die Schweizerische Eidgenossenschaft, vertreten durch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), beteiligt sich hälftig am Aufwand für die Umsetzung des Masterplans öffentlicher Verkehr und Stadtentwicklung. Es handelt sich dabei um ein bedeutendes, umweltrelevantes Projekt. Die DEZA beabsichtigt jedoch nicht, weitere Mittel in die fachtechnische Zusammenarbeit auf anderen Gebieten zur Verfügung zu stellen, da die VR China nicht zu den Schwerpunktländern der DEZA gehört und ihr diesbezüglich keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen. Zudem müssten aus grundsätzlichen Erwägungen auch kulturelle Aktivitäten von einer Beitragsleistung des Bundes ausgenommen werden.

- b) Die Wirtschaft ihrerseits nimmt ebenfalls eine differenzierte Haltung ein: Einerseits unterhalten Grossunternehmen im Industrie- und Dienstleistungsbereich (z.B. Novartis, Roche, Schindler, ABB, Credit Suisse Group, Zurich Financial Services, Swiss Re und Swiss Life) ihre eigenen Kontakte, indem sie vornehmlich in Beijing und Shanghai so genannte Representative-Offices oder Produktionsanlagen betreiben. Andererseits fällt eine finanzielle Unterstützung von fachtechnischem Know-how-Transfer im Bereiche der urbanen Infrastruktur (Wasserversorgung, Stadtentwässerung, öffentlicher Verkehr, Denkmalschutz usw.) offensichtlich ausserhalb des Aufgabenbereiches dieser global bzw. multinational tätigen Unternehmungen. Es sei an dieser Stelle jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Unternehmungen in grosszügiger Art und Weise die Stadt Zürich immer wieder unterstützen, wenn Besucher- und Handelsdelegationen aus der VR China, insbesondere aus der Provinz Yünnan und der Stadt Kunming, in Zürich weilen. Diese Form der Zusammenarbeit darf nicht unterschätzt werden, und sie leistet ebenfalls einen finanziellen Beitrag zur Entlastung der Stadt Zürich.
- c) Die Klein- und mittleren Unternehmungen (sog. KMU) tragen in der Regel ohnehin schon grössere Belastungen, wenn sie sich im Rahmen ihrer beschränkten Mittel im Marktgeschehen der VR China etablieren wollen. Diese Unternehmungen können zwar wichtige Nischenfunktionen ausüben, doch kann von ihnen kein substantieller Beitrag für die Verbesserung der urbanen Infrastruktur erwartet werden.
- d) Anlässlich der Sitzung der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates vom 6. März 2000 wurde vor allem die wirtschaftliche Bedeutung der Städtepartnerschaft Zürich-Kunming gewürdigt. Obgleich es gelungen ist, im Rahmen dieser Städtepartnerschaft für über 32 Mio. Franken Aufträge an die schweizerische Wirtschaft zu vermitteln, haben die anwesenden Vertreter der Privatwirtschaft Dr. Manfred Zobl (Präsident der Wirtschaftskammer Schweiz-China und CEO der Rentenanstalt/Swiss Life) sowie Markus Häusermann (Mitglied der Geschäftsleitung der Bucher-Guyer AG) eine namhafte finanzielle Beteiligung von schweizerischen Unternehmungen weitgehend ausgeschlossen. Nach ihrer Ansicht sollte eine klare Trennung zwischen den (Partikular-)Interessen der Privatwirtschaft einerseits und dem ökologischen Engagement der Stadt Zürich im Rahmen der Städtepartnerschaft andererseits gezogen werden.

Aus diesen Erwägungen hat der Stadtrat das Projekt zur Gründung einer Stiftung im Sinne einer breiteren Trägerschaft bis auf weiteres zurückgestellt.

Mitteilung an den Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten und den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug
der Stadtschreiber